

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

24.10.1928 (No. 249)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. A. Menz, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.25 RM., einchl. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Rpf. - Samstags 15 Rpf. - Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Die Länderkonferenz

Die Vorschläge der Reichsregierung - Vertagung auf heute. Der Ausschuss für Verfassungs- und Verwaltungsreform beriet sich am Dienstag auf heute, Mittwoch.

Die Vertagung geht auf einen Antrag des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Selb zurück, der der Auffassung ist, daß die Entschliessung der Reichsregierung eine neue Situation geschaffen habe, zu der die Delegationen der Länder erst Stellung nehmen müßten.

Anträge der Länder

Die Delegationen der Länder haben Dienstagabend eine gemeinsame Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, daß die Länder in der heutigen Plenarsitzung der Konferenz Organisationsanträge zu der Entschliessung der Reichsregierung einbringen sollen.

Freußen war an der Besprechung nicht beteiligt. Es will aber heute eine Erklärung abgeben, die besonders den preussischen Standpunkt zu den in Artikel 4 der Reichsvorschläge behandelten Fragen des Dualismus zwischen Preußen und dem Reich zum Ausdruck bringen wird.

Auch die Lösung der preussischen Frage interessiert die süddeutschen Länder, weil sie von hier aus ein etappenweises Fortschreiten der Auflösung auch ihrer Rechte befürchten. Unter diesen Umständen läßt sich noch nicht sagen, wann die Länderkonferenz ihren Abschluß findet.

Die bayerische Volksparteiforrespondenz schreibt u. a.: Die den Ländern noch verbliebenen Hoheitsrechte, vor allem auf dem Gebiete der Justiz, der inneren Verwaltung und der Kultur, sind und müssen unantastbare Rechte bleiben.

Italienisch-französischer Zwischenfall

Paris, 24. Okt. (Tel.) Nach der kommunistischen „Humanität“ hat sich an der französisch-italienischen Grenze ein Zwischenfall ereignet. In dem französischen Grenzbahnhof Briet lief ein italienischer Zug ein, dessen Lokomotive mit dem Abzeichen des Faschismus versehen war.

Der Dockarbeiterstreik in Frankreich

Paris, 24. Okt. (Tel.) Dem „Matin“ wird aus Marseille gemeldet, daß die Dockarbeiter von Port de Bouc und Port St. Louis du Rhone sich mit den gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeitern von Marseille solidarisch erklärt und beschlossen haben, daß sie nur die ausländischen Schiffe entladen bzw. seefertig machen, jedoch nicht mehr die französischen.

Keine Änderung des preuß. Polizeibeamtengesetzes. Laut „V. Z.“ nimmt das preuß. Innenministerium gegenüber den Forderungen der Polizeibeamten auf Änderung des Polizeibeamtengesetzes eine durchaus ablehnende Stellung ein.

Letzte Nachrichten

Das vorläufige Gesamtergebnis des Volksbegehrens

W.B. Berlin, 24. Okt. (Tel.) Nach dem beim Reichswahlleiter vorliegenden vorläufigen Gesamtergebnis haben sich für das Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“ 1216 501 Stimmberechtigte eingetragen.

Deutsch-tschechoslowakische Eisenbahnfragen

W.B. Prag, 24. Okt. (Tel.) Wie das Tschechoslowakische Pressebüro zu den seit Montag in Wien geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Tschechoslowakei und der Deutschen Reichsbahn, betreffend die allgemeine Regelung der Eisenbahnfragen in den tschechoslowakisch-deutschen Grenzgebieten erfährt, haben diese Verhandlungen wohl eine wesentliche Annäherung der Standpunkte ergeben.

Lloyd George über das Weißbuch

W.B. London, 24. Okt. (Tel.) „Daily Chronicle“ zufolge erklärte Lloyd George gestern Abend auf die Frage nach seiner Ansicht über das Weißbuch: Das Dokument bestätigt, was ich in Plymouth gesagt habe.

Ein zweiter Fall Langkoop in Breslau

W.B. Breslau, 24. Okt. (Tel.) Gestern vormittag erschien im Zimmer des Leiters der Zweigstelle Breslau des Reichensitätsbüros für Kriegsschäden unangemeldet ein Mann, der, ohne ein Wort zu sagen, eine elektrische Tischlampe ergrieff und sie gegen den stellvertretenden Leiter des Amtes warf.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen

W.B. Warschau, 24. Okt. (Tel.) Die Delegation für die polnisch-litauischen Verhandlungen fährt am 2. November nach Königsberg. Wie die polnische Presse erfährt, hat die polnische Delegation nicht die Absicht, in Königsberg mit neuen Vorschlägen hervorzutreten.

Die innerpolitische Lage Spaniens

W.B. Paris, 24. Okt. (Tel.) Dem „Journal“ wird aus Madrid berichtet, man verjähre, daß General Primo de Rivera am 27. Oktober bei seiner Rückkehr nach Madrid eine durchgreifende Umbildung seines Kabinetts vornehmen werde.

Verhaftung britischer Schiffsoffiziere in Japan

W.B. London, 24. Okt. (Tel.) „Daily Mail“ meldet aus Tokio, daß der zweite und dritte Offizier des britischen Dampfers „Macedonia“ in Schimonoseki von den japanischen Behörden verhaftet worden seien unter der Anschuldigung, innerhalb der Befestigungsanlagen photographische Aufnahmen gemacht zu haben.

* Der englische Sekundant

Die englische und französische Regierung haben sich nunmehr entschlossen, den Wortlaut des sogenannten Marineabkommens zu veröffentlichen. Die Publikation belagt inhaltlich nichts Neues.

Nun läßt sich allerdings heute schon sagen, daß das Marineabkommen nicht aufrecht erhalten werden wird. Denn die öffentliche Meinung in England lehnt es rund heraus ab und kann es nicht begreifen, daß die Londoner Regierung sich überhaupt in derartige Geschäfte eingelassen hat.

Und dann darf man bei alledem doch nicht außer acht lassen, daß das Marineabkommen sicherlich nur ein Teil eines größeren Ganzen ist und das Sichtbarwerden einer Güte bedeutet, die schon allein durch ihre Existenz beunruhigt.

England und Frankreich haben offenbar eines schönen Tages entdeckt, daß sie sich unter Umständen gegenseitig viel zu geben hätten, und sie haben diese Erkenntnis bündnispolitisch ausgenutzt.

Frankreich dagegen ist der gewinnende Teil. Und man gewinnt fast den Eindruck, als ob die Londoner Regierung neuerdings ihr höchstes Glück darin erblicke, Frankreich treuherrig Sekundantendienste leisten zu können.

Aber noch in einem andern Punkte hat sich das Londoner Kabinett zum Sekundanten Frankreichs hergegeben. Als dieser Tage in Paris die Besprechungen zwischen Poincaré in seiner Eigenschaft als Finanzminister, dem britischen Finanzminister Churchill und dem Reparationsagenten Parker Gilbert stattfanden, hat Churchill Poincaré zu Liebe den bisherigen Grundfaß der britischen Reparationspolitik, daß Deutschland nur so viel zahlen solle, als die Alliierten selbst zu zahlen haben, preisgegeben und die französische These angenommen, daß Deutschland außer dieser Summe noch einen Teil der Wiederaufbaukosten Frankreichs (und auch Belgiens) bezahlen müsse.

Lage als Gesamtbetrag der Reparationen die Summe von 35 Milliarden Goldmark genannt worden!

Es versteht sich ganz von selbst, daß Deutschland eine solche Last nicht auf sich nehmen kann. Die Tatsache, daß die regelmäßigen Annuitäten aus dem Dawesabkommen in Höhe von 2 1/2 Milliarden Goldmark zu hoch sind, ist bei den Pariser Besprechungen vom Reparationsagenten anerkannt worden. Er hat — offenbar, ohne auf größeren Widerspruch zu stoßen — zwei Milliarden Goldmark pro Jahr vorgeschlagen. Auch dieser Betrag ist zu hoch. Und es sollte England und Frankreich zu denken geben, daß neuerdings auch amerikanische Sachverständige, die gewiß nicht aus gefühlsmäßiger Vorliebe für Deutschland sprechen, unsere Reparationslasten als zu schwer und die Annuitäten als zu hoch bezeichnen.

Man wird ja nun sehen, was bei der demnächst einberufenden Reparationskonferenz herauskommen wird. Deutschland wird sich gewiß nicht um seine Verpflichtungen, die es feierlich übernommen hat, herumdrücken. Aber es wird verlangen, daß diese Verpflichtungen sich ziffermäßig auf einer Linie halten, die uns noch gestattet, am Leben zu bleiben. Und wir möchten nur wünschen und hoffen, daß man auch drüben einzusehen beginnt, daß die sicher zu erwartenden Zahlungen eines solventen Schuldners besser sind und den eigenen Kredit stärker stärken, als die phantastischen Verpflichtungen, die man einem Schuldner auferlegt, der wahrscheinlich unter der Last solcher Abzahlungen zusammenbrechen wird.

Versaffungsmäßigkeit des Reichsrechts

Der Reichsinnenminister hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Prüfung der Versaffungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts zugeleitet. Die Vorlage besagt in ihrem ersten entscheidenden Paragraphen:

„Bestehen Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine nach Inkrafttreten dieses Gesetzes als Gesetz oder Verordnung verkündete Rechtsvorschrift des Reichsrechts mit der Reichsverfassung vereinbar oder unvereinbar und daher rechtsunfähig ist, so können mehr als 1/3 der Mitglieder des Reichstages, oder mehr als 1/3 der im Reichsrat vertretenen Stimmen oder die Reichsregierung die Entscheidung des Staatsgerichtshofs für das ganze Reich beantragen.“

Der gleiche Gesetzentwurf hat bereits dem früheren Reichstag vorgelegen, wurde aber wegen der Auflösung nicht mehr erledigt.

Um die Todesstrafe

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages legte am Dienstag nach mehrtägiger Pause seine Beratungen mit der weiteren Generaldebatte zur Todesstrafe fort.

Abg. Eshermann (Dem.) sprach sich in über einstündiger Rede für die Beseitigung der Todesstrafe aus, während Abg. Japs (D.V.P.) der Meinung war, man solle nicht lange diskutieren, sondern lieber abstimmen, weil es sich bei der Todesstrafe nicht zum unwesentlichen Teile um die gefühlsmäßige Einstellung handelt.

Vorsitzender Dr. Kahl (D.V.P.) stellte fest, daß er den Begriff „Gerechtigkeit und Sühne“ keineswegs aus dem Strafrechtbuch ausschalten wolle, wie behauptet wurde, sondern daß selbstverständlich bei der Strafbemessung Gerechtigkeit und Sühne, wie wir Menschen sie verstehen, mitsprechen müßten.

Der Sozialdemokrat Landsberg verlangte nochmals in ausführlicher Rede die Beseitigung der Todesstrafe. Selbst die deutsche Revolution sei ja nicht mit dem Blut des Schafflots besudelt worden. Die von Dr. Kahl vorgeschlagene dauernde Verwahrung anstelle der Todesstrafe genüge dem Redner nicht.

Frau Müller-Dorf (Dntl.) verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß die Anhänger der Todesstrafe Barbaren seien. Eine Ausnahme der Todesstrafe für Frauen lehnte sie ab.

Der Sozialdemokrat Dittmann entgegnete, er habe für eine solche Frau nur ein kräftiges Kni. Dafür erhielt er einen Ordnungsruf. Dittmann wie auch Frau Wulf (Soz.) traten für unterschiedliche Behandlung von Mann und Frau ein.

Nachdem noch Dr. Ziffren (Wpt.) für die Todesstrafe bei Kapitalverbrechen gesprochen hatte, wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

10 Jahr Republik Oesterreich

Zum 10jährigen Gedenken der am 21. Oktober erfolgten Konstituierung der Nationalversammlung der deutschen Abgeordneten Oesterreichs, die den ersten Anstoß zur Gründung des neuen Staates gab, fand am Dienstag unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Jutel unter Beteiligung zahlreicher National- und Bundesräte in den historischen Räumen des niederösterreichischen Landtags zu Wien eine Festfeier statt, die gleichzeitig als Feier des 10jährigen Bestehens der Republik gedacht war. Der Redner des Tages, Präsident Jutel, gedachte der Ereignisse vor 10 Jahren. Besonders gedachte er der Bevölkerung jener ehemals niederösterreichischen Gebiete, die durch den Friedensvertrag von ihrem Mutterland losgelöst wurden. An uns in Oesterreich wird es liegen, ohne Rücksicht auf soziale Schichtung und politisches Bekenntnis an dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes zu arbeiten.

Tarifverhandlungen mit den Straßenbahnern. Die Vertreter des Reichsarbeiterverbandes deutscher Gemeinde- und Kommunalverbände traten in Weimar mit den Vertretern des Deutschen Verkehrsverbundes, des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen und des Verbandes der Gemeinde- und Straßenarbeiter zu Verhandlungen über die Erneuerung des für das Personal der kommunalen Straßenbahnen geltenden Reichsmanteltarifvertrages zusammen. Der Dienstag war vornehmlich der allgemeinen Aussprache über die schwebenden Tariffragen gewidmet.

Der sächsische Landfriedensbruchprozess. In Ahris (an der Sägitz) begann am Montag der Prozess gegen 49 Landwirte, die wegen Landfriedensbruchs, Beleidigung und Aufruhr anlässlich einer politischen Demonstration am 12. März gegen das Finanzamt Ahris angeklagt sind, bei der eine große Anzahl Fensterscheiben des Finanzamtes zertrümmert, sowie das Hoheitszeichen abgerissen wurde, und es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war. Unter den Angeklagten befanden sich der Hauptgeschäftsführer des Landbundes, Cordes, der Güterverwalter von Jena-Krumbeck, der Reichstagsabgeordnete, Gemeindevorsteher und Bauerngutsbesitzer Staßfeld.

Abg. Scholz über Genf und Große Koalition

In Zürich sprach Dienstag abend in einer vom Kreisverein Zürich der Deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung Reichsminister a. D. Scholz über die politische Lage, in der sich Deutschland befindet, nachdem die deutsche Delegation von der Völkerbundstagung in Genf, die wichtige Entscheidungen getroffen habe, zurückgekehrt sei.

Es sei objektiv notwendig, auszusprechen, daß auch durch Reichskanzler Müller die deutsche Nation in Genf in einer Weise vertreten worden sei, die der nationalen Würde vollkommen entsprochen habe. Man könne ihm ebenso, wie es der Auswärtige Ausschuß getan habe, Dank dafür aussprechen. Die Stellung Deutschlands in Genf sei nicht leicht gewesen, und es müsse festgehalten werden, daß die deutsche Diplomatie einen Erfolg erzielt habe, denn das Problem der Gesamtarmierung des Rheinlandes sei ausdrücklich durch die Mächte als ein zu diskutierendes Problem bezeichnet worden. Ein anderes, mindestens ebenso wichtiges Problem sei die endgültige Festsetzung unserer Kriegsschulden. Das Problem sei in die internationale Diskussion geworfen worden mit dem Ziel einer möglichst schleunigen Festsetzung der Endsumme unserer Zahlungen. Allerdings seien mindestens zunächst äußerlich diese beiden Probleme miteinander verknüpft worden, und darauf könnten, wenn diese Verknüpfung aufrecht erhalten bleibe, wesentliche Schwierigkeiten sich für uns entwickeln. Man müsse deshalb fordern, daß diese beiden Probleme getrennt voneinander behandelt werden. Man habe von einem Zusammenbruch der Locarnopolitik gesprochen. Die Politik von Locarno sei und bleibe die einzig geeignete Politik, weil sie die einzig mögliche sei. Nicht die Locarnopolitik habe Schiffbruch gelitten, sondern diejenigen Leute, die in die Locarnopolitik von vornherein utopistische Hoffnungen gesetzt hätten. Amerika habe ein großes Interesse daran, daß wir nicht von unseren direkten Gläubigern wie England, Frankreich, Italien usw. erdroffelt werden.

Der Redner kam dann auf die Frage der Koalition im Reich und in Preußen zu sprechen und knüpfte an das Ergebnis der Reichstagswahlen an, daß die Große Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei sowohl im Reich wie in Preußen gerechtfertigt erscheinen lasse. Die Deutsche Volkspartei müsse an der Großen Koalition auch in Preußen festhalten. Auf allen Gebieten fruchtbarere Arbeit nur geleistet werden, wenn im Reich und in Preußen homogene Regierung bestünde. Die Deutsche Volkspartei habe von Anfang an auch erklärt, daß in die zu bildende Große Koalition auch die Wirtschaftspartei einbezogen werden müsse. Die Notwendigkeit eines gesetzlichen Versaffungstages für unser neues Deutschland müsse man verneinen. Für den neuen Panzerkreuzer habe sich die Deutsche Volkspartei eingesetzt, da man auf die geringfügigen Rechte des Verfallener Vertrages nicht verzichten dürfe. Das preussische Konfordat sei eine, nach dem, was bisher verlautbar wurde, für den preussischen Staat Verschlechterungen zu bringen. In diesem Konfordat würden sogar die Schulen berührt. In dem Augenblick, wo das Geschehe, entstehe eine vollkommen neue Situation, nicht nur daß die Koalitionsverhandlungen erschwert würden, sondern es würde auch die gegenwärtige Koalition in Preußen gesprengt werden, da die Demokraten austreten würden.

Bezüglich des Verhaltens der Deutschen Volkspartei zum Stahlhelm bemerkte Scholz, er sei bis vor 10 Tagen Mitglied des Stahlhelms gewesen, den er als Aufrechterhalter des allen Fronten gegenüber und als Erwecker des nationalen Bewusstseins für notwendig gehalten habe. Der Stahlhelm sei aber bewußt von seiner überparteilichen Haltung abgerückt und in die politische Arena hineingestiegen. Unmöglich sei es für ihn, Scholz, als verantwortliches Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen, zwei Herren zu dienen. Was dagegen die Volksparteiler, die nicht in gefestigten Körperschaften tätig sind, anbelange, so hoffe man, daß durch deren Verbleiben im Stahlhelm dieser wieder auf den richtigen Weg zurückkehren werde. Der Redner gab dann der Ansicht Ausdruck, daß man auch in wirtschaftlicher Hinsicht wahrscheinlich Schwierigkeiten entgegengehen werde, und forderte zum Schluß auf, über allen Streit des Tages zwischen den einzelnen Parteien die großen nationalen Gedanken zu stellen.

Tagung des Deutschen Beamtenbundes

W.D. Berlin, 24. Okt. (Tel.) In den mit schwarz-rot-goldenem Fahmentuch reich geschmückten Festsaal bei Kroll nahm heute der sechste Bundestag des Deutschen Beamtenbundes, wie der Vorsitzende Häßel betonte, der zweitgrößten Beamtenorganisation der Welt, in Anwesenheit von 500 Delegierten und 1000 Gästen seinen Anfang.

Der erste Tag dient im wesentlichen der Beratung interner Fragen. Der Verhandlungsleiter, Regierungsrat Dietrich, Kassel, erklärte, die Tagung solle die Abgrenzung gewerkschaftlicher und wirtschaftspraktischer Aufgaben, die Reform der Bundesverfassung, aber auch die Erörterung der Stellung des Beamten im Volksstaat bringen.

Dann erstattete der Bundesvorsitzende Häßel den Tätigkeitsbericht der Bundesleitung, wobei er betonte: Da das Deutsche Reich ein Berufsbeamtenland auf öffentlich-rechtlicher Grundlage bestehe, sei in Deutschland Beamtenpolitik nur im Rahmen der Staatspolitik insgesamt zu betreiben.

Kurze Nachrichten

Barter Gilbert hat sich am Dienstag in Brüssel aufgehalten und ist dort vom König empfangen worden. Abends reiste Barter Gilbert von Brüssel nach Berlin ab.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete wird am 24. Oktober zum Gegenbesuch des neuernannten sächsischen Regierungspräsidenten Dr. Pfälz in Speyer erwartet.

Justizministerkonferenz über Strafrechtsreform. Vom 25. bis 27. d. M. werden Besprechungen zwischen dem Reichsjustizministerium und den Justizverwaltungen der Länder abgehalten werden. Am 25. wird über die Grundfragen des Strafprozesses und der Jugendgerichte gesprochen werden, später über die Vereinheitlichung und Umgestaltung des juristischen Vorbildungswesens.

Verbindlichkeitsklärung der Schiedsgerichte für die westdeutsche Textilindustrie. Die Dienstagvormittag begonnenen Nachverhandlungen über die beiden Schiedsprüche in der Dürener und Münchener-Gladbacher Textilindustrie vor dem Schlichter für das Rheinland endeten abends mit der Verbindlichkeitsklärung der beiden Schiedsgerichte. Für die Bierener Seidenbetriebe wurde ein Sonderabkommen vereinbart.

Professor Anlauf. Der im Aufstade lebende Historiker der Pariser Sorbonne, Prof. Anlauf, ist am Dienstag plötzlich gestorben. Anlauf, der Mitarbeiter radikaler Mütter war, spielte auch eine Zeitlang eine führende Rolle in der Liga für Menschenrechte. Er gehörte dem Ausschuß an, der die Aufgabe durchzuführen hat, die diplomatischen Dokumente der französischen Regierung über die Kriegsurkunden herauszugeben.

Badischer Teil

„Baden in Wort und Zahl“

Schon wiederholt war in weiten Kreisen, bei Behörden, Politikern, Vertretern des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, insbesondere auch bei der Lehrerschaft, der Wunsch nach einem Buche laut geworden, das in knapper und übersichtlicher Fassung das Wesentliche des reichen Materials wiedergibt, das das Badische Statistische Landesamt im Laufe der letzten Jahre auf Grund der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 in Einzelwerken größeren Umfangs veröffentlichte. Mit einem kleinen handlichen Buch „Baden in Wort und Zahl“, das dieser Tage vom Badischen Statistischen Landesamt herausgegeben wurde, hat dieser Wunsch nun eine sehr befriedigende, ja direkt vorbildliche, Erfüllung gefunden. Auf rund 100 Seiten faßt die Schrift nicht nur die Ergebnisse der obengenannten Zählung kurz und klar zusammen, sie gibt darüber hinaus alle wichtigeren Zahlen über das Landesgebiet und seine Bevölkerung, über das staatliche und politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben unserer badischen Heimat. Wo es notwendig erscheint, ist den Zahlen und Tabellen noch ein erklärender und ergänzender Text beigelegt, der bei aller Kürze doch anregend und allgemein verständlich gehalten ist.

Es finden sich in dem Buche — um nur einiges aus seinem reichen Inhalt anzuführen — Angaben über die geographische Gestaltung, die geologischen, hydrographischen und klimatischen Verhältnisse Badens, über die Zusammenfassung des Landtages und der Regierung, über die wichtigsten Arbeitsgebiete der Ministerien. Ein größerer Abschnitt ist der „Bevölkerung in Baden“ gewidmet. Hier finden wir die Ergebnisse der Zählung von 1925 nach den Hauptgesichtspunkten, nach Bevölkerungsgröße, Haushaltungen, Wohngebäuden, Geschlecht, Alter, Familien- und Berufsstand, Religionszugehörigkeit usw., jeweils auch nach dem einzelnen Amtsbezirk geordnet, in leicht fahbarer Übersicht beigelegt. Über die Bevölkerungs-bewegung belehren instruktive textliche und tabellarische Übersichten. Erschöpfendes und wertvolles Zahlen- und Textmaterial enthalten auch die folgenden größeren Abschnitte, die sich mit der Landwirtschaft in Baden, sowie mit Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr befassen. Die zahlreichen Einzelrubriken können hier nicht aufgezählt werden. Jeder Landwirt, Fabrikant, Kaufmann oder Wirtschaftspolitiker kann sich an Hand dieses Buches in kürzester Frist wichtige und zuverlässige Aufschlüsse über unser badisches Wirtschaftsleben verschaffen. Dabei ist, wo die nötigen Unterlagen vorhanden, wie z. B. bei der Tabelle über die Kleinhandelspreise in Mannheim, Karlsruhe und Lahr sogar der Stand vom Jahre 1928 mit einbezogen.

Die Zahlen und Tabellen, die das Schulwesen — Volks-, Fortbildungsschule, Fach-, Mittel- und Hochschulen — behandeln, sind ebenfalls auf den neuesten Stand, Schuljahr oder Semester 1927/28, gebracht. Daran schließen sich Angaben über die Religionsgesellschaften, Mischehen, über Theater, Kinos, Museen und Bibliotheken in Baden, sowie über das Gesundheitswesen. Sämtliche Wohlfahrtsverbände, die konfessionellen, die partiiellen und die Fachverbände sind angeführt, desgleichen die Jugendherbergen und Naturfreundverbände.

Über Wohnungsnot und Wohnungsbau unterrichtet ein Abschnitt. Es findet sich eine Übersicht über den Vorschlag der allgemeinen Staatsverwaltung für 1928/29 und ein weiterer über das Aufkommen an Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern im Lande Baden. Den Schluß des Buches, dem auch eine Karte von Baden sowie ein Stichwortverzeichnis angehängt sind, bildet ein kurzer Abriss über die badischen Wirtschaftsgeschichte von 1840 bis 1928.

„Baden in Wort und Zahl“ ist nicht nur für jeden Badener und jeden, der sich für unser Heimatland interessiert, ein unentbehrliches Nachschlagewerk, es ist zugleich ein Werk, das dem Belehrung in reichem Maße gesöpft werden kann. Darum hat auch der Badische Lehrerverein die Veröffentlichung durch Übernahme der Druckkosten gefördert. Es gehört in jedes Haus, in jedes Büro und vor allem in zahlreichen Exemplaren in die Schule, in die Hände unserer Jugend! Der niedere Preis von 70 Pf. für das technisch sehr gut ausgestattete Buch ermöglicht die Anschaffung auch weitesten Kreisen. W. G.

Donauversicherung

D.N. In verschiedenen Zeitungen sind in der letzten Zeit aus Tutlingen stammende Notizen veröffentlicht worden, welche die Verhandlungen über die Donauversicherung zwischen Baden und Württemberg betreffen, den Sachverhalt aber nicht vollständig darstellen.

Der Stand der Verhandlungen ist z. B. folgender: Über die Frage, in welcher Weise sich die Länder Baden, Preußen und Württemberg auf Grund des Zwischenurteils des Staatsgerichtshofs von 1927 verständigen könnten, haben vom 3. bis 5. Mai d. J. in Beuron Verhandlungen stattgefunden, bei denen außer den genannten Ländern auch Bayern vertreten war.

Nach eingehenden Besichtigungen und Erörterungen kam man zu dem Ergebnis, daß die zur Verfügung stehenden technischen Unterlagen kein hinreichend klares Bild über den Einfluß der Versicherungen ergäben; namentlich war das auch die Ansicht des preussischen und bayerischen Sachverständigen, des Geheimen Baurats Solban in Berlin und des Geheimen Rats Freytag in München. Man war daher einstimmig, also auch mit Zustimmung der württembergischen Vertreter, der Meinung, noch weitere Feststellungen machen zu sollen, insbesondere ober- und unterhalb des Immendinger Behrs und der Fridinger Verknüpfungsstellen weitere Messungen der Abflussmengen vorzunehmen. Einschaltend sei bemerkt, daß die von den Sachverständigen für erforderlich gehaltenen Feststellungen auch dann gemacht werden müßten, wenn die Gelegenheit erneut dem Staatsgerichtshof beschäftigen sollte.

Badischerseits wurde alsbald Weisung gegeben, die von der Konferenz für notwendig gehaltenen Maßnahmen zu treffen. Unerwartenderweise erklärte jedoch das württembergische Innenministerium Ende Juli d. J., daß es mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden sei, und machte neue Vorschläge. Wenn zu diesen neuen Vorschlägen von Baden bisher noch nicht Stellung genommen werden konnte, so hängt dies naturgemäß nicht mit der Absicht verzögerlicher Behandlung zusammen, wie eine Entschließung württembergischer Interessenten glaubt unterstellen zu dürfen, sondern mit der schlichten Tatsache, daß das Schreiben des württembergischen Ministeriums zu einer Zeit in Karlsruhe eintraf, als die Sachbearbeiter ihren Erholungsurlaub gerade angetreten hatten. Im übrigen wird man nicht erwarten können, daß man zu einem Schreiben, zu dessen Abfassung mehr als elf Wochen erforderlich waren, in wenigen Tagen mit der erforderlichen Gründlichkeit Stellung nehmen können.

Autobuslinien im Verkehrsreis der Heidelberg Straßenbahn. Der Aufsichtsrat der Heidelberg Straßen- und Bergbahn A.-G. hat beschlossen, Autobuslinien im Verkehrsreis der Heidelberg Straßen- und Bergbahnen einzurichten.

WINSCHERMANN G.m.b.H. Kohlen Großhandlung Stefaniensstr. 94 Tel. 815, 816, 817 Geogr. 1848

Gegen unnötiges Gupen der Kraftfahrzeuge

W. In letzter Zeit wird die Öffentlichkeit in immer stärkerem Maße durch unangebrachte Warnungszeichen (Gupen) der Kraftfahrzeuge belästigt. Wird vielfach schon am Tage durch überflüssiges, namentlich allzu langgezogenes und zu häufig wiederholtes Gupen unnötiger und belästigender Lärm verursacht, — es braucht z. B. nicht unbedingt an jeder Straßenecke ein Gupen zu sein, — so wirkt dieses Gupen zur Nachtzeit ganz besonders störend. Dabei wird gerade zur Nachtzeit mit ihrem viel schwächeren oder vielfach fast ganz ruhenden Verkehr die Abgabe von Warnungszeichen auf ein Mindestmaß beschränkt werden können. Dies gilt vor allem dann, wenn die Führer von Kraftfahrzeugen die Nachtzeit mit ihrem schwächeren Verkehr nicht etwa zu besonders schnellem Fahren ausnützen, sondern im Gegenteil sich einer so mäßigen Geschwindigkeit bedienen, daß Warnungszeichen in der Hauptsache unnötig sind. Die Polizeibeamten sind erneut angewiesen in allen Fällen offensichtlich unnötigen und undorschriftsmäßigen Gupens strafend einzuschreiten.

Deutsche Landwirtschaftsausstellung 1932 in Mannheim

Eine Vertretung des Vorstandes der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hatte mit dem Oberbürgermeister und den zuständigen Amtsstellen in Mannheim eine Besprechung mit dem Ergebnis, daß die Wanderausstellung 1932 voraussichtlich in Mannheim stattfinden kann. Das für die Ausstellung in Frage kommende Gelände wurde besichtigt und als sehr geeignet befunden. Die drei nächstfolgenden Ausstellungen finden in Wüdingen (1929), in Köln (1930) und in Berlin (1931) statt.

Aus der badischen Industrie

Arbeiterentlassungen bei den Lederwerken in Weinheim. Seit langen Jahren zum erstenmal müssen die Lederwerke Richard Freudenberg, Weinheim, infolge Auftragsmangel 250 Arbeiter entlassen. Die Belegschaft betrug bisher etwa 3000 Mann. Begründet wird diese Maßnahme außerdem mit der Einführung moderner, arbeitssparender Maschinen.

Die Lage der oberbadischen Textilindustrie. Vom Landesverband der badischen Textilindustrie, Sitz Freiburg i. Br., wird dem W.V.-Handelsdienst mitgeteilt, daß die in der letzten Zeit durch die Presse gegangenen Nachrichten, die von einer Geschäftsbelebung der oberbadischen Textilindustrie wussten, jeder Begründung entbehren. Diese Nachrichten könnten einer unbewussten Betrachtung der jüngst gegebenen Verhältnisse entspringen. Es seien nur verschiedene Aufträge heringenommen worden, die einen Nutzen absolut nicht abgeworfen, sondern eher einen Verlust hinterlassen hätten. Hierzu habe man sich deshalb entschlossen, um eine gänzliche Stilllegung verschiedener Werke zu verhindern. Die Lage der badischen Textilindustrie sei nach wie vor trübselig.

Aus den Parteien

In einer Bezirksversammlung der Deutschen Volkspartei wurde für die kommenden Landtagswahlen einstimmig der Abg. Dr. Mattes als Spitzenkandidat im Bezirk Emmendingen-Lahr aufgestellt. An zweiter Stelle folgt Fabrikant Fritz Kestler, Lahr, an dritter Stelle Verwaltungsassistent Feld, Emmendingen.

Für den gleichen Landtagswahlkreis wurden vom Zentrum folgende Kandidaten einstimmig aufgestellt: Stationsvorsteher Seibert, Kuppenheim, Regierungsrat Dr. Hoffmann, Freiburg, und Notar Dr. Schall, Freiburg. Seibert gehört dem badischen Landparlament seit den Oktoberwahlen des Jahres 1909 an. Dr. Hoffmann ist Mitglied des badischen Landtages seit den letzten Wahlen vor vier Jahren.

Bei einer Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei des Bezirks Fullenborn wurde der langjährige Abgeordnete, Staatsrat Weiskopf, für die Landtagswahl 1929 einstimmig als Spitzenkandidat für den ersten Wahlkreis Fullenborn-Neckar-Siedach-Überlingen proklamiert.

Der Landesauschuss der Wirtschaftspartei hat nach einem Bescheid des Abg. von Au beschlossen: Die Wirtschaftspartei tritt selbständig in den Wahlkampf auf der Grundlage der gegebenen Verhältnisse ein. Sonderabkommen in einzelnen Wahlkreisen mit der Badischen Bauernpartei werden als unzumutbar abgelehnt. Als Spitzenkandidaten in verschiedenen Wahlkreisen wurden die bisherigen Abgeordneten von Au und Hermann, ferner für Karlsruhe Stadtrat Willel vorgeschlagen.

Tagungen

Tagung süddeutscher Psychiater. Samstag und Sonntag fand in Heidelberg die 51. Tagung des Vereins süddeutscher Psychiater, verbunden mit dem 50-jährigen Bestehen der psychiatrisch-neurologischen Klinik, statt. Am Samstag hielt in einer Festigung Prof. Willmann einen Festvortrag über „Mißbild auf die Entwicklung der Psychiatrie in Baden mit besonderer Berücksichtigung der psychiatrischen Kliniken.“

Gemeinderundschau

Der Bezirksfürsorgeverband Karlsruhe-Land hat im September 1928 je 1 Sitzung für die Sozial- und Kleinrentner, für die Jugendlichen sowie für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen abgehalten. In den Sitzungen wurden verschieden: 29 Gesuche von Sozial- und Kleinrentnern, 2 Erziehungsfälle und 14 Gesuche von Jugendlichen, 17 Gesuche von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Schwefingen will nicht zu Mannheim. Die „Schwefinger Zeitung“ nimmt Stellung zu Mannheimer Eingemeindungswünschen und lehnte jedes Übergreifen der Mannheimer Verwaltung auch auf Schwefingen entschieden ab. Die Stadt Schwefingen habe an einer Eingemeindung nach Groß-Mannheim kein Interesse. Sie sei durchaus in der Lage, ihren kommunalpolitischen Verpflichtungen nachzukommen und habe noch lange nicht ihre Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Das Wort redet dem Zusammenschluß Schwefingens mit Litzheim und Plankstadt zu einem „Groß-Schwefingen“ das Wort, das sich vortrefflich der geplanten Städtegemeinschaft Mannheim-Heidelberg-Weinheim einfügen würde.

Abgeleiteter Koranschlag. Der Bürgerausschuss der Gemeinde Götzingen hat zum drittenmal den Koranschlag abgelehnt, so daß sich jetzt der Bezirksrat damit befassen muß. Das Strandbad in Meersburg war von rund 14 000 Personen besucht. Dazu kommen noch mindestens die doppelte Zahl, die außerhalb der Strandbäder wild badete. Das gleiche gilt von Überlingen, dessen Strandbad von 15 000 Fremden und 12 000 Einheimischen benutzt wurde.

Eingemeindungsverhandlungen in Mannheim. Zur Zeit werden Verhandlungen geführt zwisch den Eingemeindung der Nachbarorte Wallstadt und Sedenheim mit Mannheim. Wegen der eigentümlichen Verhältnisse von Sedenheim zu dem nahen Friedrichsfeld und dessen Vereinigung durch die anstehende Gemarkung von Edingen ergibt sich aber die Notwendigkeit, auch diese Orte einzugemeinden, um dem Ausdehnungsbedürfnis Friedrichsfelds gerecht zu werden. Da die Arbeiterchaft in allen diesen Gemeinden die Mehrheit hat und für den Anschluß an Mannheim ist, so wird die Vereinigung mit Mannheim erstlichen Widerspruch nicht finden. Da auch die Gemeinde Ibsheim für eine Eingemeindung nach Mannheim in Frage kommt, so würde die Gemarkung von Mannheim einen Umfang von 13 200 Hektar erreichen und die Einwohnerzahl um 19 000 steigen.

Die kurpfälzische Städtegemeinschaft. Am Freitag fand in Heidelberg eine Sitzung der Verkehrsleiter statt, an der Vertreter sämtlicher Städte des Kurpfälzingeres und die Vertreter der beteiligten Verkehrsvereine teilnahmen. In der Aussprache wurde in Anlehnung an den propagierten Gedanken einer kurpfälzischen Städtegemeinschaft, die auch auf das benachbarte pfälzische Gebiet, vor allem nach Ludwigshafen, hinüberreichen soll, die Notwendigkeit gemeinsamen Zusammenarbeitens, vor allem auf dem Gebiete der Verkehrspolitik betont. Hotelier Gubler warb erneut für die Schaffung einer Karte des sogenannten „Heidelberger Ringes“, d. h. des ganzen Gebietes um Heidelberg, Schwetzingen, Mannheim, Weinheim, Ludwigshafen und Speyer. Dieses Projekt, das eine wirksame Verkehrsverbesserung darstellt, wird demnächst verwirklicht werden. — Die Stadtverwaltungen glauben, die hohen Ausgaben, mit denen sie für Kunst und Theater usw. befaßt sind, nicht mehr tragen zu können. So beträgt beispielsweise der Zuschuß für das Mannheimer Stadttheater 1,8 Millionen Reichsmark, d. i. eine Summe, die ernste Besorgnis erregt. Man glaubt, daß die Mannheimer Theaterfrage nur in Gemeinschaft mit Heidelberg und Ludwigshafen erfolgreich gelöst werden könne. Auch werde man daran denken können, durch eine vorzügliche gemeinsames Orchester unter einem Dirigenten von erstem Rang den gesteigerten Ansprüchen des musikalischen Publikums der drei Städte zu genügen. — Auch auf dem Gebiete des Hochschulwesens sind bereits Annäherungsversuche unternommen worden. Ernsthafte Bestrebungen sind im Gange, die Handelshochschule Mannheim der Techn. Hochschule in Karlsruhe anzuschließen. Auch die Universität Heidelberg wünscht einen engeren Anschluß an die Mannheimer Hochschule.

Unzulängliche Bürgermeistereiwahl. In der letzten Sitzung des Bezirksrats Wolsch wurde die Wahl des Bürgermeisters von Wolsch wegen Verletzung wesentlicher Vorschriften zur Wahlhandlung für unzulänglich erklärt.

Der Stadtrat Baden-Baden beschloß, den Übergang des städtischen Elektrizitätswerkes von der Gleichstromversorgung mit der ungewöhnlichen Spannung von 2.160 auf die normale Gleichstromspannung 2:220 Volt zu überprüfen. Diese Umstellung würde einen Kostenaufwand von 1,6 Millionen und eine Preiserhöhung von 10 Pf. verursachen, dagegen würde die Umstellung auf Drehstrom einen solchen von 5,7 Millionen und eine Preiserhöhung von 35 bis 40 Pf. mit sich bringen.

Aus der Landeshauptstadt

St. M. Die Karlsruher Krankenkassen. Im 3. Vierteljahr 1928 hatten die 15 Karlsruher Krankenkassen im Monatsdurchschnitt 64 352 Mitglieder, darunter 55 160 versicherungspflichtige. Unter der Gesamtzahl befanden sich 25 541 weibliche, von denen 19 784 versicherungspflichtig waren. Läßt man die arbeitsunfähig Erkrankten und die Erwerbslosen unberücksichtigt, so ergibt sich, daß im Monatsdurchschnitt des dritten Vierteljahres 50 954 versicherungspflichtige, in Karlsruhe arbeitende Mitglieder (darunter 18 644 weibliche) vorhanden waren. Das sind gegenüber den dritten Vierteljahren 1927, 1926, 1925 und 1913 157 bzw. 6297, bzw. 740, bzw. 8806 Personen mehr. Der Reichsversicherungsrat, soweit er in der Reichsversicherungsnummer zum Ausdruck kommt, war im ersten Halbjahr 1928, nämlich im Juni, etwas zurückgegangen; auch im Juli trat ein weiterer kleiner Rückgang ein. Seitdem geht es aber wieder aufwärts. Die Zahl der arbeitenden Versicherten also ohne arbeitsunfähig Erkrankte und Erwerbslose) war am 1. Oktober 51 546, d. i. nicht nur der höchste Stand im laufenden Jahr, sondern der höchste in Karlsruhe bisher überhaupt beobachtete (von den Inflationsjahren abgesehen). Von je 1000 Einwohnern waren im Monatsdurchschnitt des dritten Vierteljahres 1928 338 versicherungspflichtig in Karlsruhe beschäftigt, in der gleichen Zeit 1927: 340, 1926: 303, 1925: 345 und 1913: 303. Der Anteil der männlichen Versicherten an der Gesamtzahl aller versicherungspflichtigen Mitglieder, der schon im ersten Halbjahr 1928 gestiegen war, hat im dritten Vierteljahr weiter ein klein wenig zugenommen; er beträgt jetzt 64,23 Proz.

Vortrag Rafael Schermann. Als Thema hatte sich der bekannte Psychographologe diesmal „Liebe und Verbrechen in der Handschrift“ gewählt. Ausgehend von der Beobachtung, daß die Handschrift als Ausdruck des Unbewußten selbst die geringsten Reaktionen verrät, die sonst infolge mancherlei Hemmungen unbemerkt bleiben, bezeichnet der Redner als Aufgabe des Psychographologen, die geheimsten Wünsche und Reigungen eines Schreibers zu erkennen und gerade für dessen eratische oder verbrecherische Veranlagung wertvolle Aufschlüsse zu liefern. Zwar behauptete Schermann wiederholt, daß er gewisse Triebe und Gefühle nicht nach erklärbaren Gesetzen zu erfassen vermöge, daß er sie also mehr intuitiv als erfahrender Materialsammler beurteile, denn als exakter Wissenschaftler. Interessant war dennoch, wie er noch dem Leitfaden „Wessen das Gehirn voll ist, dessen geht die Handschrift über“ an Hand von im Lichtbild gezeigten Schriftmerkmalen Seelen- und Wesenszüge einzelner Menschen deutete und vor allem aus den Entwicklungskurven einiger Schriftproben wertvolle Rückschlüsse für die Kriminalistik zog. Weitaus schwächer war dagegen, was er zum Kapitel „Liebe“ ausführte. Schon seine Definition, daß sich dem Graphologen das Erotische immer als körperliche Erkrankung offenbare, war keineswegs einleuchtend, noch weniger beweiskräftig die romanhafte Darstellung, in der er einige diesbezügliche Fälle aus seiner persönlichen Praxis vortrug. Man hätte überhaupt dem ganzen etwa zweistündigen Referat eine systematischere Einteilung gewünscht. Er gekommen war, um von dem phänomenalen Schriftdeuter über seine Arbeitsmethode etwas Aufschluß zu erfahren, war daher einigermaßen enttäuscht und mühte die Aufzählung einer Reihe von Begebenheiten einfach in dem guten Glauben hinzuschreiben, daß sie eben auch tatsächlich so verlaufen waren, wie sie der Vortragende schilderte. Der Abend hatte übrigens bei weitem nicht mehr den außerordentlichen Zuzug gefunden, der im letzten Jahr noch den rätselhaftesten Fähigkeiten Schermanns ein übervolles Auditorium sicherte. S. Sch.

Ausstellungsbefuch in Karlsruhe. In diesem Jahre wurden in Karlsruhe eine große Anzahl von Ausstellungen gezeigt, von denen die bedeutendsten der „Jahrmart für Jung und Alt“, April-Mai, die große Pfälzausstellung, vom 1. bis 16. Juli, „Land in Sonne“, Kleingartenbauausstellung, September, und die große hauswirtschaftliche Ausstellung „Nähe und Haus“, September-Oktober, waren. Der Gesamtbesuch dieser Ausstellungen beträgt rund 85 000 Personen. Mit der anderen Kunst- und Gewerbeausstellungen, die in der Badischen Kunsthalle und im Badischen Landesgewerbeamt stattfanden, dürfte eine Gesamtbesuchszahl von über 100 000 Personen bis jetzt erreicht worden sein.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Nordwestlich England ist eine neue Sturmzelle erschienen, doch werden wir zunächst noch im Bereich des schmalen, sich über dem südlichen Festlande in ostwärtlicher Richtung erstreckenden Hochdruckrückens verweilen und das heitere und trockene Wetter beibehalten. Weiterausblicken für Donnerstag: Fortdauer des zeitweise heiteren und trockenen Wetters, tagsüber mild, bei südlichen Winden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. Okt.		23. Okt.	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.08	168.42	168.08	168.43
Kopenhagen 100 Kr.	111.80	111.20	111.79	112.01
Italien . . . 100 L.	21.97	22.01	21.97	22.01
London . . . 1 Pf.	20.336	20.376	20.334	20.374
New York . . . 1 D.	4.1930	4.2010	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.376	16.416	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	80.66	80.82	80.665	80.825
Wien 100 Schilling	59.94	60.06	59.94	60.06
Prag . . . 100 Kr.	12.428	12.448	12.429	12.449

Verschiedenes

Lebt Kapitän Franz Romer noch?

Den Eltern des Kapitäns Franz Romer in Konstanz ging eine Mitteilung des „Hamburger Anzeigers“ zu, wonach Kapitän Franz Romer, der mit einem Jachtboot über den Ozean fuhr und nach allgemeiner Annahme bei dem Florida-Sturm im September umgekommen sein soll, nach einer einseitigen noch unbestätigten Meldung doch mit dem Leben davon gekommen wäre. Die Handelskammer in St. Thomas (Antillen) berichtet, daß sich Romer angeblich in einem kleinen Hafen der Republik Haiti retten konnte, bevor der Sturm richtig losbrach. Der Name des Hafens wird nicht genannt.

Der Räuber Deidger noch nicht gefaßt.

Die Absperrung und Durchsuchung des Käufertriads in Köln zwischen Nieber-Wall, Niederländer Ufer und Opheimstraße, wo der Mörder Johann Deidger zuletzt gesehen wurde, dauert fort. Spuren von ihm wurden dabei noch nicht gefunden. Der am Samstag bei dem Kampf mit den Verbrechern verletzte Landjäger Schmitz ist außer Lebensgefahr. Auch bei dem in der vergangenen Nacht schwer verletzten Oberwachmeister Stommel besteht keine Lebensgefahr, dagegen ist der Zustand des Gärtners Peters noch immer bedenklich. Die Bankräuber Johann und Heinrich Deidger sowie Karl Lindemann wohnten bis zum 19. d. M. in Frankfurt in einem Hause der Gullerstraße unter falschen Namen. Es besteht die Möglichkeit, daß sie wieder dorthin zurückkehren. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 11 500 RM ausgesetzt worden, die ausschließlich für die mitwirkende Bevölkerung bestimmt ist.

Ein Kapitalverbrechen bei Berlin

W.V. Berlin, 24. Okt. (Tel.) Ein Arbeiter aus Lübars, der heute früh nach seiner Arbeitsstelle in Wittenau radelte, entdeckte hinter einem Baum die Leiche eines Mannes, dem der Hals durchgeschnitten war. Der unbekannte Mann muß überfallen und nach heftigem Widerstand ermordet worden sein. Beide Arme sind ihm aus dem Schultergelenk ausgeklügelt und nach hinten gedreht worden. Da der Ermordete nur notdürftig bekleidet war, nimmt man an, daß die übrigen Kleidungsstücke von dem Mörder geraubt worden sind. Die Mordkommission nahm mit mehreren Suchhunden die Verfolgung des Täters auf, ohne jedoch eine Spur zu finden. Die Bevölkerung der Gegend ist durch das Kapitalverbrechen um so mehr beunruhigt, als sie in der letzten Zeit wiederholt von Einbrechern heimgesucht worden ist.

Hochwasser in Ostfrankreich

W.V. Paris, 24. Okt. (Tel.) Dem „Petit Parisien“ wird aus Grenoble gemeldet, daß infolge der weiter anhaltenden Regengüsse die Isère stark angeschwollen ist und vier Dämme durchbrochen hat. Bei Royarey mußten sich 40 Kinder in das zweite Stockwerk eines Hauses flüchten und sind dort noch immer eingeschlossen. Ebenso waren 300 Personen in einem Stadtteil von Royarey auf ihre Befreiung. In der Ebene von Gressaudin bildet die Isère einen See von 40 Meter Länge und 6 Meter Breite. Auch die Rhône steigt weiter. Aus Chambéry wird dem „Petit Parisien“ gemeldet, daß man die Fabriken oberhalb von St. Jean de Maurinne wegen Hochwassergefahr räumen mußte.

Die Überschwemmungen in Indien

Die durch die Überschwemmung geschaffene Lage ist, wie aus Madras gemeldet wird, ernst. Mehrere Brücken stürzten ein. Weitere Beschädigungen an Eisenbahnlinien werden gemeldet. Die Leichen zweier bei dem gestrigen gemeldeten Unglück ums Leben gekommenen Eisenbahnbeamten wurden gefunden.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 24. Okt. In den letzten Jahren wurde wiederholt dem Bedauern weiter Bevölkerungsteile darüber Ausdruck gegeben, daß es nicht möglich war, die Totengebärdnisse, die an Allerheiligen von verschiedenen Verbänden getrennt veranstaltet wurden, zu einer einzigen Feier zu vereinigen. Dem Oberbürgermeister ist es nun gelungen, den Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, den Rhein-Neckar-Militärverband und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für die Teilnahme an einer von der Stadt zu veranstaltenden gemeinsamen Feier zu gewinnen, die am Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 1/2 12 Uhr auf dem Kriegerbegräbnisfeld des Hauptfriedhofes stattfinden.

W. Neckargemünd, 23. Okt. Die Eröffnung der Autolinie Neckargemünd-Haag findet am Donnerstag, den 25. Oktober, statt.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

